



# Landes-SGK EXTRA Brandenburg

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

## Ein besseres Land kommt nicht von allein

Unsere Verantwortung als SGK

## Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

in dieser und in der vergangenen Ausgabe des BRANDENBURG EXTRA führt uns Dr. Roland Habich vom Wissenschaftszentrum Berlin in einem zweiteiligen Artikel die Dramatik der Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg bis zum Jahr 2030 sehr eindrücklich vor Augen. Unser Land sieht einem nicht unerheblichen Bevölkerungsrückgang, vor allem aber immensen Verschiebungen in

nerzahlen in den Kommunen des Berliner Umlands werden aber die teilweise dramatischen Rückgänge in den Regionen außerhalb des engeren Verflechtungsraums nicht kompensieren können (einige Landkreise werden ein Fünftel ihrer Bevölkerung einbüßen). Selbst ein insgesamt stabiler Bevölkerungssaldo, den wir aber nicht erwarten können, dürfte nicht verschleiern, dass wir bereits

in Brandenburg lässt sich ohne Umbauten im System nicht aufrecht erhalten. Schon jetzt ätzen viele Kommunen unter der Last drückender Schulden und Kassenkredite. Investitionen in die Zukunft sind hier undenkbar und verfassungsrechtlich auch unmöglich. Es muss sich etwas tun. Wer das negiert, betreibt Realitätsverweigerung.

Die SPD trägt im Land seit 25 Jahren Regierungsverantwortung. In vielen Kreisen stellt die SPD Landräte, in zahlreichen Städten und Gemeinden haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, stellt Mehrheiten oder Kooperationspartner in vielen kommunalen Vertretungen. Uns kommt eine besondere Verantwortung zu. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Kommunalpolitik kann es nicht unser Anspruch sein, nur dafür zu sorgen, dass die Lebensverhältnisse in Brandenburgs Kommunen nicht schlechter werden. Wir alle engagieren uns, um konkret vor Ort Aufgaben besser zu lösen. Damit uns das gelingen kann, müssen wir jetzt Änderungen an den geeigneten Stellschrauben vornehmen. Diese Sätze mögen manchem nach gebets-

**Inhalt**

- Brandenburgs Bevölkerung wächst und schrumpft gleichzeitig?! Teil 2
- Behörden auf Tour
- Ein großes Herz hat aufgehört zu schlagen
- Sieg errungen und doch nicht gewonnen

mühlenartigen Wiederholungen klingen, können aber gar nicht oft genug ausgesprochen werden. Mit der geplanten Verwaltungsstrukturreform haben wir die Chance, an diesen Stellschrauben zu drehen. Wie in BRANDENBURG EXTRA schon mehrfach angesprochen wird mit der Veröffentlichung des Leitbildes zur Reform in den nächsten Monaten ein offener Diskussionsprozess darüber beginnen, welche staatlichen Aufgaben in unserem Land auf welcher Ebene gelöst werden können, welche möglicherweise verlagert werden müssen und in welchen zukunfts-festen Strukturen dies geschehen kann. Unser Leitspruch als SGK lautet Selbstverwalten – Mitgestalten. Um Brandenburgs Städte und Gemeinden zu stärken, ist es unsere selbstverständliche Verantwortung, uns lebhaft am Diskussionsprozess zum Leitbild zur Verwaltungs-



**Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg**

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

der Bevölkerungsverteilung innerhalb des Bundeslandes entgegen. Auf den Punkt gebracht lässt sich festhalten: Der Speckgürtel wächst, die Peripherie schrumpft. Steigende Einwoh-

nerzahlen in den Kommunen des Berliner Umlands werden aber die teilweise dramatischen Rückgänge in den Regionen außerhalb des engeren Verflechtungsraums nicht kompensieren können (einige Landkreise werden ein Fünftel ihrer Bevölkerung einbüßen). Selbst ein insgesamt stabiler Bevölkerungssaldo, den wir aber nicht erwarten können, dürfte nicht verschleiern, dass wir bereits

strukturreform zu beteiligen. Geplant ist innerhalb der SGK ein zweistufiger Prozess. Wir haben allen SPD-Fraktionen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte bereits das Angebot unterbreitet, bereits im Vorfeld der Leitbildveröffentlichung auf der ersten Stufe bei Seminaren vor Ort das notwendige Wissen zu den Grundlagen einer möglichen Verwaltungsstrukturreform zu vermitteln. Auf der zweiten Stufe des Prozesses wird die SGK nach der Sommerpause ebenfalls vor Ort in den Kreisen und kreisfreien Städten zu Diskussionsveranstaltungen zum Leitbild einladen.

Neben diesen Debatten bieten auch unsere Zeitschrift DEMO und der landeseigene Teil BRANDENBURG EXTRA sowie unsere Facebook-Seite Foren, Meinungen auszutauschen, Argumente und Ideen einzubringen. Ihr seid nicht nur eingeladen, sondern aufgerufen, Euch mit Beiträgen zur Debatte zu beteiligen.

Ohne Frage werden wir auch unseren Auftrag als Bildungswerk neben dieser Aufgabe nicht vernachlässigen. Neben zahlreichen dezentralen Bildungsveranstaltungen wird es im Oktober / November dieses Jahres wieder eine Kommunalakademie geben, die Mandatsträgerinnen und -träger weiter

für ihre kommunalpolitischen Aufgaben qualifiziert. Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung der Kommunalakademie könnt Ihr ebenso schon jetzt unserer Geschäftsstelle melden wie auch Euer Interesse an der Teilnahme. Die Adresse findet Ihr wie gewohnt im Impressum dieses BRANDENBURG EXTRA. Mit Spannung freue ich mich auf die gemeinsame Debatte in der sozialdemokratischen kommunalen Familie!

Eure

**Ines Hübner**

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

## IMPRESSUM

### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,  
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

**Redaktion:** Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.  
Telefon: (0331) 73 09 82 01

### Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Litho:** metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,  
10178 Berlin, Tel. (030) 283 06-200

**Druck:** Braunschweig-Druck GmbH,  
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Anzeige

**Deutschland  
kommunal**

## Für alle Fälle haben sie mit „Deutschland kommunal“ die richtige App.

**Man muss nicht alles wissen, aber man muss wissen,  
wo man nachgucken kann.**

Anschriften und Kontaktdaten von Bürgermeistern, Dezernenten, Fraktionsvorsitzenden und viele weitere kommunale Ansprechpartner finden Sie hier.

[www.deutschlandkommunal.de](http://www.deutschlandkommunal.de)



Edition DEMO

# Brandenburgs Bevölkerung wächst und schrumpft – gleichzeitig?!

## Neue Daten zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 und mögliche Folgen, Teil 2

Autor Dr. Roland Habich

Mit aktuellen Daten (Stand Juni 2014) aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Wohn- und am Arbeitsort kann eine erste Annäherung an die zweite Fragestellung begonnen werden. Dazu werden in den einzelnen Landkreisen jene Kommunen ausgewählt, die zunächst über eine kritische Masse an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verfügen und bildlich gesprochen damit gewissermaßen als Magnet für Arbeitskräfte außerhalb der eigenen Gemeinde fungieren.

### Viele Pendler

Die entsprechende Gesamtsituation im Land Brandenburg verweist auf eine hohe Verflechtung mit Nachbarregionen, insbesondere mit der Hauptstadt Berlin. Im Land Brandenburg gibt es etwa 932 000 sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige, für die lediglich 796 000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, das entspricht einer Quote von 85 Prozent. Deshalb können zahlreiche Arbeitnehmer nicht am eigenen Wohnort arbeiten, sondern pendeln in Nachbarorte, -städte, -kreise oder -länder.

In der Tabelle 3 werden dazu zusammengefasste Indikatoren ausgewiesen. Pendlerquoten sind besser als absolute

Pendlerzahlen geeignet, unterschiedlich große Regionen hinsichtlich ihrer Wohn- und Arbeitseigenschaft zu vergleichen. Die Einpendlerquote gibt in Prozent an, wie viele der Beschäftigten am Arbeitsort einpendeln; die Auspendlerquote gibt in Prozent an, wie viele der am Wohnort lebenden Beschäftigten zu ihrer Arbeit außerhalb des Wohnortes pendeln. In ganz Brandenburg werden lediglich 16 Prozent der

Arbeitsplätze von Beschäftigten aus anderen Bundesländern besetzt, und immerhin drei von zehn brandenburgischen Erwerbstätigen arbeiten nicht im eigenen Bundesland.

Dabei wird ersichtlich, dass es in Brandenburg im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen unterschiedlich ausgeprägte Regionen gibt. Neben den vier kreisfreien Städten bieten vor allem Dahme-Spreewald, Potsdam-

Mittelmark und Teltow-Fläming überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze für Einpendler, wobei in diesen drei Kreisen sowie im Kreis Oberhavel es zugleich hohe Anteile von Personen gibt, die zur Arbeit ihren Landkreis verlassen und auspendeln müssen. Die vor Ort angebotene Qualität der Arbeitsplätze dürfte in vielen Fällen nicht der Nachfrage durch die Beschäftigten entsprechen. Eine vergleichsweise hohe regionale Mobilität ist die Folge.

### Absehbares Dilemma

Daneben fallen Regionen mit offensichtlich wenig attraktiven Arbeitsplätzen für Einpendler ins Auge; dazu zählen die Kreise Uckermark, Prignitz, Ostprignitz-Ruppin sowie Elbe-Elster. Die vor Ort vorhandenen Arbeitsplätze werden somit vorrangig von Beschäftigten aus den jeweiligen Kreisen eingenommen; zudem gibt es hier auch vergleichsweise niedrige Auspendlerquoten. Was auf den ersten Blick als angemessene Ausstattung mit Arbeitsplätzen verstanden werden könnte, deutet allerdings auf den genaueren, zweiten Blick dann auf ein absehbares Dilemma hin, wenn diese Regionen in den nächsten Jahren erhebliche Rückgänge gerade in erwerbsfähigen Altersgruppen zu verzeichnen haben werden. Wo es bereits heute wenig Ein-

Tabelle 3: Ein- und Auspendlerquoten von sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen im Land Brandenburg, in kreisfreien Städten und Gemeinden

	Einpendlerquote	Auspendlerquote
Land Brandenburg	16	29
Brandenburg an der Havel, St.	41	36
Cottbus, Stadt	47	34
Frankfurt (Oder), Stadt	47	30
Potsdam, Stadt	57	48
Barnim	33	55
Dahme-Spreewald	46	53
Elbe-Elster	19	34
Havelland	32	53
Märkisch-Oderland	36	58
Oberhavel	34	55
Oberspreewald-Lausitz	33	38
Oder-Spree	27	43
Ostprignitz-Ruppin	20	28
Potsdam-Mittelmark	47	63
Prignitz	19	25
Spree-Neiße	38	49
Teltow-Fläming	41	50
Uckermark	13	23

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigtenstatistik. Stand: 30 Juni 2014. Veröffentlicht: 15. Januar 2015. Eigene Berechnungen.



Dr. Roland Habich, Leiter des zentralen Datenmanagements am Wissenschaftszentrum Berlin und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Teltow-Fläming

Foto: Dr. Roland Habich

pendler aus anderen Regionen gibt, werden es morgen nicht mehr werden – wenn es heute auch wenig Auspendler gibt, kann man morgen bei Arbeitskräftedarf kaum Beschäftigte „zurückholen“.

### Mehr Männer als Frauen

Zudem haben manche dieser Regionen mit einem weiteren demografischen Problem zu kämpfen, das man hier nur andeuten kann. Gemeint ist der bis heute anhaltende Wegzug großer Anteile der jüngeren weiblichen Bevölkerung, was einige der beschriebenen Probleme in besonderem Maße zusätzlich verstärken wird. Verena Kutzky vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat in der letzten Ausgabe der Zeitschrift für die amtliche Statistik (4/2014) des AfS Daten des Zensus 2011 zur ungleichen Verteilung der Geschlechter in bestimmten Altersgruppen analysiert und dem Autor dankenswerterweise auf der Ebene der Kommunen zur Verfügung gestellt.

Hier soll in aller Kürze nur auf zwei Altersgruppen eingegangen werden. Die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen repräsentiert die Berufseinstiegsphase, die Gruppe der 30- bis 40-Jährigen die Familien(bildungs)phase. In beiden Altersgruppen können beachtliche Diskrepan-

zen zwischen der zahlenmäßigen Besetzung von Männern zu Frauen festgestellt werden, mit einer erheblichen „Benachteiligung“ der Männer.

Ein erster Überblick zeigt, dass es in allen Regionen in Brandenburg Gemeinden gibt, in denen der Anteil der jungen Frauen gegenüber den Männern erheblich bis bedenklich gesunken ist. In Regionen ohne derartige Abwanderungen kommen auf 100 Männer etwa 90 bis 93 Frauen. In etlichen Kommunen Brandenburgs haben ausbildungs- oder arbeitsbedingte Abwanderungen junger Frauen zu Verhältnissen geführt, wo 100 Männern 50 bis 65 altersgleiche Frauen gegenüber stehen; der Minusrekord liegt in einer Gemeinde in der Prignitz, wo drei jungen Männern nur noch eine Frau als mögliche Partnerin gegenübersteht. Experten bezeichnen diesen Prozess als „demografische Austrocknung“. Dass dieser Prozess vor längerer Zeit bereits begonnen hatte und sich offensichtlich noch weiter verstärkt, kann man aus den analogen Daten der zweiten Altersgruppe ablesen, wo das Verhältnis bereits auf 60 bis 70 Frauen zu 100 gesunken war. Es muss nicht erklärt werden, was dies für mögliche Familiengründungen in diesen Regionen bedeutet.

## Behörden auf Tour

Interview mit Christian Großmann, Amtsdirektor des Amtes Brück und stellvertretender Landesvorsitzender der SGK Brandenburg zum Thema Mobiler Bürgerservice

**Im Amt Brück ist ab sofort ein mobiler Bürgerservice unterwegs. Bürgernähe kann vermutlich kaum greifbarer realisiert werden. Wie kam es zu diesem Projekt?**

Mit dem Gedanken haben wir uns im Amt Brück schon seit längerem getragen. Aus den Gemeinden hatte es auch des Öfteren schon Wünsche nach einem besseren Zugang zu den Angeboten des Amtes gegeben.

**Wann wurde die Idee geboren, den mobilen Bürgerservice auch im Amt Brück einzuführen?**

Im letzten Jahr gab der Aufruf des damaligen Innenstaatssekretärs Rudolf Zeeb den Anstoß. Das Land hatte damals Kommunen für ein derartiges Projekt gesucht und Unterstützung bei der Realisierung zugesagt.

**Das bedeutet, dass die Realisierung wirklich ausgesprochen zügig gelang. Gab es keine Hürden in der Verwaltung, diesen Schritt auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen?**

Echte Hürden weniger, eher Informationsbedarf. Natürlich bringen Neuerungen auch immer viele Fragen mit sich. Und bekanntlich steckt der Teufel ja auch im Detail.

Aber gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen haben wir Schritt für Schritt Lösungen gesucht und in der Regel auch gefunden.

**Da hört man auch den Stolz des Amtsdirektors auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch.**

Ja, die mit dem Projekt betrauten Kolleginnen und Kollegen aus dem Meldebereich, der IT-Technik und der Öffentlichkeitsarbeit haben gut mitgezogen. Auch die Vertreterinnen des Personals haben konstruktiv mitgearbeitet.

**Gab es für das Amt Brück finanzielle Unterstützung für das mobile Bürgerbüro?**

Das Ministerium des Innern hat uns bei der Beschaffung der Hardware, dem Zugang zum Landesverwaltungsnetz und bei der Erstellung des notwendigen IT-Sicherheitskonzepts finanziell unterstützt.

Darüber hinaus haben auch die entsprechenden Mitarbeiter des Innenministeriums mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

**Sind die Kosten damit zu 100 Prozent gedeckt oder lässt sich das Amt seine Bürgernähe auch selbst etwas kosten?**

Das war natürlich keine Vollförderung. Für Teile der Ausstattung und die laufenden Kosten tragen wir die Verantwortung. Dies betrifft in erster Linie den personellen Aufwand.

**Wie kann man sich den mobilen Bürgerservice konkret vorstellen? Welche Verwaltungsdienstleistungen kön-**

**nen dort wahrgenommen werden?**

Wir haben jetzt mit einem wöchentlichen Außensprechtag in den Gemeinden Borkheide und Golzow begonnen. An den zwei Standorten – ein Feuerwehrgerätehaus und eine Kita – werden immer mittwochs die Dienstleistungen des Meldeamtes, Pass- und Personalausweisangelegenheiten, aber auch beispielsweise die Möglichkeit zur Hundeanmeldung vor Ort angeboten. Besonders gut wird dabei die Möglichkeit des bargeldlosen Bezahlens angenommen, die wir im Zuge des Mobilien Bürgerservices sowohl für das Amt stationär, als auch für die Außensprechzeiten eingeführt haben.

**Lässt sich diese Idee weiterdenken? Gibt es Möglichkeiten, den Service noch auszuweiten?**

Ja bestimmt. Zum einen überlegen wir weitere Gemeinden des Amtes mit einzubinden; zum anderen denken wir zum Beispiel über Spätsprechstunden nach, die gerade in Borkheide mit seinem hohen Pendleranteil sinnvoll sein könnten.

**Verwaltungsmodernisierung ist ein Thema, das Dir generell wichtig ist?**

Wenn sie sinnvoll ist schon. In den letzten 25 Jahren sind zahlreiche Wellen von Modernisierungsansätzen über das Land gekommen. Nicht alles hat sich immer als nachhaltig und



Christian Großmann ist Amtsdirektor des Amtes Brück und stellvertretender Landesvorsitzender der SGK Brandenburg  
Foto: C.Maaß / SGK Brandenburg

Anzeige



## Zu viel Papier? Für Kommunale gibt's per E-Mail den DEMO-Newsletter!

Seit sieben Jahren erscheint der kostenlose DEMO-Newsletter. In monatlicher Erscheinungsweise geht er an über 14 000 Mailadressen aus kommunaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung und bietet aktuelle Meldungen, Tipps und Termine aus Städten, Kreisen und Gemeinden, Ländern, Bund und EU, zu SPD und SGK.

- **Anmeldung im Internet**  
[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)
- **Anmeldung per E-Mail**  
[newsletter@demo-online.de](mailto:newsletter@demo-online.de)
- **Werben im DEMO-Newsletter**  
Informationen unter E-Mail  
[witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)



zielführend erwiesen. Manche kurzlebige Modeerscheinung war mitunter dabei. Am Ende des Tages müssen Modernisierungsmaßnahmen sichtbare Verbesserungen für die Beteiligten bringen: also für die Bürgerinnen- und Bürger, die ehrenamtlichen Mitglieder in den Vertretungen und auch für die Beschäftigten in den Verwaltungen selbst. Wenn sich konkrete Projekte daran ausrichten, macht es auch Spaß, sich dafür einzusetzen.

## **An welchen Stellen stocken Modernisierungsprozesse**

### **in der Regel? Wie kann die Politik zum Beispiel Verwaltungsmodernisierung voranbringen oder zumindest unterstützen?**

Meine Erfahrung ist, dass Modernisierungsprozesse in aller Regel quer zu den eingefahrenen Bahnen verlaufen. Seien es verbindliche Regeln und Standards, die Innovation nicht gerade beflügeln; seien es lieb-gewonnene Handlungs- und Herangehensweisen, die schon seit Langem nicht mehr hinterfragt worden sind. Beim ersten Punkt kann die Politik sicherlich helfen; bei der zweiten Sache

fängt der Veränderungsbedarf bei uns selber an.

### **Als Spitze einer Kommunalverwaltung steht man im Widerstreit von vielerlei Interessen – der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Bürgerinnen und Bürger, der amtsangehörigen Gemeinden, der übergeordneten Stellen in Kreis und Land. Gibt es ein Geheimrezept, dies erfolgreich zu meistern und dabei den Spaß an der Arbeit nicht zu verlieren?**

Ich glaube, das gibt es so nicht. Was es gibt sind aber bestimmte

Faktoren: Ein Schlüssel für gute Ergebnisse ist die Kommunikation. Nur im ständigen Zuhören, Nachfragen und „im Kontakt bleiben“ kann man den oftmals notwendigen Interessenausgleich der unterschiedlichen Akteure mit ihren verschiedensten Erwartungen erreichen. Und man darf sich nicht zu sehr grämen, wenn es mal nicht funktioniert. Lernfähigkeit aus Fehlern gehört sicherlich auch mit dazu.

**Vielen Dank, lieber Christian, dass Du Dir die Zeit für uns genommen hast!**

## **Ein großes Herz hat aufgehört zu schlagen**

Die SGK Brandenburg trauert um Frank Gerhard, Bürgermeister von Ludwigsfelde

Der 25. März sollte ganz Frank Gerhard gehören. Der SPD-Ortsverein Ludwigsfelde hatte zur Mitgliederversammlung geladen, um seinen Bürgermeister zur Wiederwahl zu nominieren. Beliebt wie kaum ein anderer, tatkräftig und erfolgreich hätte Frank mit einem einstimmigen Ergebnis, mit überzeugter und von Herzen kommender Unterstützung seiner Genossen rechnen können. Doch diese Mitgliederversammlung sollte nicht mehr stattfinden. Am Morgen des 25. März erlag Frank Gerhard einem Herzinfarkt. Die SGK teilt die Tränen der Menschen, die Frank besonders nahe standen.

Wer Ludwigsfelde in den letzten Jahren kennen gelernt hat, kann sich die Stadt nicht ohne ihren umtriebigen Bürgermeister vorstellen. Ludwigsfelde ist als



**Frank Gerhard (\* 27.07.1966, + 25.03.2015) war seit 2008 Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde**

Foto: C. Maaß / SGK Brandenburg

Stadt eine Tochter des Aufbaus der DDR-Industrie, gezeichnet und entstanden durch die sozialistische Stadtplanung. Zumindest auf den ersten Blick keine wirklich schöne Stadt. Trotzdem hatte man in den letzten Jahren in Ludwigsfelde immer das Gefühl, die Stimmung sei fröhlicher und optimistischer als in anderen Städten der Region. Wenn man mit Frank Gerhard in der Stadt unterwegs war, konnte man erfahren, dass dies auch und besonders sein Verdienst war, hoffentlich bei aller Abschiedstrauer sein Verdienst bleiben wird. Kein Passant, der ihn nicht freundlich begrüßt hätte, für den Frank nicht auch ein herzliches Hallo oder einen flotten Spruch auf den Lippen gehabt hätte. Neben der akribischen Schreibtischarbeit, die Frank als leidenschaftlicher „gelernter“ Kämmerer keineswegs scheute,

fand man ihn überall dort, wo in „LU“ etwas passierte oder sich etwas zu entwickeln versprach. Es dürfte keinen Betrieb geben, den Frank nicht besucht, keinen Verein, für dessen Belange er sich nicht interessiert, keine Baustelle, die er nicht regelmäßig in Augenschein genommen hätte. Selbst dann, wenn andere längst ihren Feierabend genossen, fand man Frank noch online bei Facebook. Dieses soziale Netzwerk verstand er immer als direkten Draht zu den Menschen und es wurde zu einer Bürgersprechstunde rund um die Uhr. Hier war Frank ganz Bürgermeister und Politiker zum Anfassen, aber auch ganz privat, Freund, Musikfan und Hundenarr.

Dass Ludwigsfelde zu den prosperierendsten Städten Brandenburgs gehört, hat sie nicht zuletzt ihrem rastlosen Bürgermeister zu verdanken, der für jeden Arbeitsplatz kämpfte. Genau dieser Einsatz für Arbeitsplätze wurde zum tragischen Verhängnis, als Frank inmitten des Landratswahlkampfes in Teltow-Fläming mit dem Vorwurf der Bestechlichkeit konfrontiert wurde. Eine dienstliche Schweiz-Reise sollte dazu dienen, neue Arbeitsplätze in Ludwigsfelde anzusiedeln. Irrtümlich oder naiv, in jedem Fall aber arglos wurde die Dienstreise falsch abgerechnet. Jemand, der Frank die Beliebtheit oder den Erfolg neidete, zeigte ihn daraufhin wegen Bestechlich-

keit an. Das vernichtende Medienecho und die teilweise hässliche politische Konkurrenz sorgten für eine Niederlage bei der Landratswahl. Er, dem es immer um seine Stadt und nie um sich selbst gegangen war, nahm sich diese Vorwürfe, vor allem aber die Niederlage seiner Partei zu Herzen. Wie wir heute wissen, verheilte diese Wunde nie wirklich. Dass Frank diese verletzte Seite hatte, konnte er geschickt kaschieren. Eine erfolgreiche Stadt hat viele Gründe zu feiern und dies natürlich niemals ohne Frank, der dem Erfolg der Stadt ein Gesicht gab. Gute Laune und Humor hat Frank neben seinem Fleiß und seiner Sachkompetenz nie verstecken müssen. Wer je-

doch näher hinsah, konnte indes auch die andere Seite des Frank Gerhard entdecken: seine Nachdenklichkeit, seine Zweifel, vielleicht sogar Dünnhäutigkeit.

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik verliert ein langjähriges Mitglied, die SPD Brandenburg einen Genossen, der vier Jahre erfolgreich und unangefochten einen ihrer größten Unterbezirke geführt hat, Ludwigsfelde einen seit 2008 amtierenden populären Bürgermeister. Vor allem aber verlieren wir einen lieben Freund. Wir werden Frank nicht vergessen, aber er wird uns schmerzlich fehlen. Er fehlt uns schon jetzt. NR

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-  
extremismus ist nach wie vor ein  
aktuelles und zentrales Thema. Wer  
den blick nach rechts regelmäßig liest,  
erkennt die aktuellen Gefahren von  
rechtsaußen und kann sachkundig  
argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt



Weitere Informationen  
im Netz: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

# Sieg errungen und doch nicht gewonnen Die Direktwahl von Landräten ist gescheitert

Ludger Weskamp erreicht große Mehrheit bei der Landratswahl im Landkreis Oberhavel, verfehlt aber das Quorum

**Autor** Niels Rochlitzer

Am 8. März fand im Landkreis Oberhavel die Stichwahl des Landrates statt. Nicht zum ersten Mal im Land Brandenburg ohne Erfolg. Der schon im ersten Wahlgang mit deutlichem Abstand überlegene Ludger Weskamp (SPD) setzte sich auch in der Stichwahl durch und erreichte mit 60,1 Prozent ein überzeugend deutliches Ergebnis. Mitbewerber Matthias Rink (CDU) erzielte 39,9 Prozent. Ludger Weskamp hat damit zwar einen beeindruckenden Sieg errungen, die Wahl aber dennoch nicht gewonnen. Grund ist die zu geringe Wahlbeteiligung.

## Kein seltener Fall

Seit im Jahr 2009 mit der Änderung des Kommunalwahl-

gesetzes die Direktwahl von Landräten ermöglicht wurde, waren in zehn Landkreisen die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihren Landrat direkt und unmittelbar zu wählen. Nur in drei Fällen entschieden tatsächlich die Wähler selbst über das Haupt ihrer Kreisverwaltung, sieben Mal scheiterte die Direktwahl am Quorum. Dieses stellt offensichtlich in Zeiten wachsender Wahlmüdigkeit eine schwer zu überwindende Hürde dar. Erreicht eine Bewerberin oder ein Bewerber im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so ist sie oder er nur dann gewählt, wenn mindestens 15 Prozent der Wahlberechtigten für die entsprechende Kandi-

datin oder den entsprechenden Kandidaten gestimmt haben. Dieses Quorum von 15 Prozent gilt auch im Falle einer notwendig werdenden Stichwahl. Wird das notwendige Quorum nicht erreicht, fällt das Wahlrecht an den entsprechenden Kreistag. Bis Ende 2009 lag das Recht zur Wahl des Landrates originär beim jeweiligen Kreistag.

## Nicht mehr Legitimation

Angesichts der ernüchternden Wahlträgheit der zur Wahl aufgerufenen Bürgerinnen und Bürger bei sieben von zehn Landratswahlen stellt sich erneut die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Direktwahl. Der Ruf nach vermeintlich mehr Demokratie wurde seinerzeit vom Gesetzgeber erhört und das direktdemokratische Institut einer Volkswahl des Landrates eingeführt. Ob dieser Ruf selbst aber mehrheitstauglich war, muss nun erneut bezweifelt werden. Politische Partizipation, die Teilhabe der Regierten an der Regierung ihres Gemeinwesens, ist ein wichtiges, ein hohes Gut. Gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit jeher für mehr Bürgerbeteiligung am politischen Willensbildungsprozess gekämpft, nicht erst seit Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“.

Vernünftigerweise muss aber hinterfragt werden, an welchen Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt

werden wollen und sollen. Die Auswahl der geeigneten Spitze einer Kreisverwaltung gehört offensichtlich nicht dazu. Geradezu irrwitzig ist die Forderung, das Quorum zur Landratswahl gänzlich abzuschaffen, um der Demokratie Vorschub zu leisten. 15 Prozent. In der Mehrheitsdemokratie ist dies keine große Zahl, eine zu überwindende Hürde, wenn den Menschen wirklich an der Entscheidung gelegen ist. Reißt man diese Hürde ein, erhöht man die demokratische Legitimation des Amtes nicht, man verringert sie.

Die demokratisch gewählten Mitglieder des Kreistages, die ja selbst an der Verwaltung des Landkreises teilhaben, verfügen über die Kenntnis dessen, was zu den Obliegenheiten einer Landrätin oder eines Landrates gehört und welche Qualifikationen eine Bewerberin oder ein Bewerber für dieses Amt mitbringen sollte.

Der, es kann an dieser Stelle nicht oft genug wiederholt werden, direkt demokratisch legitimierte Kreistag ist das geeignete Gremium, die Landratswahl vorzunehmen. In der repräsentativen Demokratie, die unser Gemeinwesen schon angesichts seiner Größe vernünftigerweise ist, sollte dies zu keinem Aufschrei führen, sondern vielmehr Ressourcen freisetzen, an anderer Stelle „mehr Demokratie zu wagen“.

Wahlgebiet	Wahl des Landrates fand statt		
	Hauptwahl	Stichwahl	durch Kreistag
Barnim			
10.01.2010	24.01.2010	21.04.2010	
Elbe-Elster	24.01.2010	29.03.2010	
Märkisch-Oderland	22.09.2013	06.10.2013	
Oberhavel	22.02.2015	08.03.2015	Mai 2015
Oberspreewald-Lausitz	10.01.2010	24.01.2010	
Ostprignitz-Ruppin	10.01.2010	24.01.2010	20.05.2010
Prignitz	11.05.2014		
Spree-Neiße	10.01.2010	24.01.2010	19.04.2010
Teltow-Fläming	24.03.2013	14.04.2013	09.09.2013
Uckermark	28.02.2010	14.03.2010	19.05.2010